

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

401

Zweite Ausgabe.

Wien, am 20. Dezember 1934.

## BUDGETBERICHT

vom 20. Dezember 1934.

In Fortsetzung der Budgetberatung in der Wiener Bürgerschaft/berichtete nunmehr Obermagistratsrat Dr. Schindler über das Kapitel "Personalangelegenheiten". Der Referent führt aus, dass der gesamte Personalaufwand für 1935 in der voraussichtlichen Höhe des Jahres 1934, also mit 144,425.630 S veranschlagt ist. Der gesamte Personalaufwand gliedert sich in die Aktivbezüge, die die Hauptbezüge und alle Nebenausgaben enthalten, und in die Pensionsbezüge; letztere umfassen die eigenen und die mit Niederösterreich noch gemeinsamen Pensionsparteien. Am 1. August 1934 waren im Dienst der Stadt Wien 22.027 Aktivangestellte; die Zahl der Pensionsparteien betrug 12.387. Gegenüber ~~am~~ 1. August 1933 ist der Stand der Aktiven um 1.988 gesunken, der der Pensionsparteien jedoch um 1.535 gestiegen. Die Verminderung bei den Aktivangestellten ist ausser auf Pensionierungen auf den Abbau der früheren Gemeindewache zurückzuführen. Das Personal der städtischen Unternehmungen ist in den angegebenen Personalständen nicht enthalten.

Dazu sprach Rat Rechberger, der zunächst auf das Doppelverdienertum und das Uebersverdienstwesen verwies und hinzufügte, es bedürfe noch ein dritter Misstand, nämlich das Nebenverdienstwesen dringend des Einschreitens der massgebenden Faktoren. Es sei kein Geheimnis, dass Bedienstete der städtischen Feuerwehr in ihrer freien Zeit sich als Taxichauffeure betätigen um auf diese Weise einen Zuschuss zu ihrem Haushalt zu erlangen. Vertreter des Gehilfenausschusses der Wiener Lohnfuhrwerker wandten sich <sup>vergeblich</sup> an den Branddirektor König mit dem Ersuchen um Abhilfe.

Die arbeitslosen Taxichauffeure aber auch die arbeitenden von denen viele kaum 12 S in der Woche bei 18 bis 20 stündiger Arbeitszeit verdienen, sind über diese Konkurrenz begreiflicherweise erbittert. Redner bittet den Bürgermeister dringend, alle Nebenbeschäftigungen von städt. Bediensteten und Angestellten überprüfen zu lassen und unter Berücksichtigung eines gerechten Standpunktes einzeln künftighin zu genehmigen oder abzulehnen. Schliesslich spricht der Redner den Wunsch aus, dass in solchen Fällen, in welchen Angestellte wegen sogenannter politischer Delikte unschuldigerweise in Strafe genommen wurden, so rasch wie möglich die Gutmachung eines solchen Falles durchgeführt werde.

Obermagistratsrat Schindler sagt in seinem Schlussworte, dass er bereits vom Herrn Bürgermeister den Auftrag erhalten habe, die vom Rate Rechberger angeführten Fälle genau zu untersuchen und dem Bürgermeister <sup>ehestens</sup> darüber/Bericht zu erstatten.

Sodann gelang das Kapitel "Wohlfahrtswesen und soziale Verwaltung" zur Verhandlung. Der Berichterstatter ~~Obersenatsrat~~ Hofer führt aus, dass das Wohlfahrtsbudget eine Bruttoausgabe von insgesamt 95'2 Millionen S aufweist, das sind mehr als 27 Prozent der Gesamtauslagen der Gemeinde. In der Wohlfahrtspflege der Stadt Wien sind mehr als 10.000 Personen tätig; davon sind 6.500 Beamte und Angestellte, die übrigen sind ehrenamtliche Funktionäre. Für die Fürsorge für Erwachsene ausserhalb von Anstalten ist ein Betrag von 18'6 Millionen S vorgesehen, darunter für Erhaltungsbeiträge

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

II. Blatt

Wien, am.....

allein 15'8 Millionen S. Ende September 1934 standen einschliesslich der Bürger 49100 Personen im Genusse von Erhaltungsbeiträgen. Vom 1. Jänner 1935 an wird das Erträgnis der Bürgerspitalsfonde wieder ausschliesslich verarmten Bürgern zukommen. Für Pflegegelder, Pflegebeiträge und Aushilfen sind 8 Millionen S vorgesehen. Davon entfallen für Mutterschutz und Jugendpflege einschliesslich der allgemeinen Personal- und Sachauslagen 6'3 Millionen S. Der Referent berichtet sodann über die Voranschlagsansätze für das Gesundheitswesen, Arbeitslosenfürsorge und für die Förderung von Hilfsaktionen. Zur letzten Post führt Obersenatsrat Hofer aus, dass für die Winterhilfe ein Betrag von 1 Million S vorgesehen ist, für die Aktion Jugend in Not 350.000 S, um dieser Aktion auch den Weiterbetrieb nach Ablauf der Winterhilfsaktion zu ermöglichen. Neu ist die Beitragsleistung an den Oesterreichischen Verband für Familienschutz im Betrage von 10.000 S. Die Gemeindeverwaltung wird im Zukunft ihr besonderes Augenmerk dem Schutze der Familie und vor allem dem Schutze kinderreicher Familien zuwenden. Aus diesem Grunde hat Bürgermeister Schmitz im Rahmen des Wohlfahrtsamtes eine eigene Abteilung für Sozialpolitik geschaffen, zu deren wichtigster Aufgabe die Fürsorge für kinderreiche Familien gehört; hierfür ist im Budget ein Betrag von 200.000 S eingesetzt.

Die Wohlfahrtsanstalten der Stadt Wien verfügen <sup>allein</sup> über 21.000 Betten. Hievon entfallen 8.780 Betten auf die 6 Versorgungshäuser, 470 Betten auf das Dauerheim für Obdachlose, 2340 Betten auf das Obdachlosen-asyl, 1.640 Betten auf 5 Jugendfürsorgeanstalten, 1.800 Betten auf 5 Krankenanstalten, 5.300 Betten auf die zwei bestehenden Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke und 670 Betten auf die städt. Tuberkulose-Heilanstalten.

Rat Dr. Ehrlich bittet um Nachsicht, wenn er den Rahmen der Debatte überschreiten werde, aber zum Abschnitt 3 wolle er Bemerkungen und Wünsche vorbringen, die einer gesetzlichen Begründung und grundsätzlicher Auseinandersetzung bedürfen. Der Bürgermeister hat in seiner ersten Rede in der Wr. Bürgerschaft auf den christlich-deutschen Charakter des Bundesstaates und der Bundeshauptstadt hingewiesen. Niemand kann bestreiten, dass die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung im Bundesstaat und in der Bundeshauptstadt christlich und deutsch ist, weshalb auch der Mehrheit nicht das Recht abgesprochen werden kann, das Verfassungsleben nach der christlichen deutschen Weltanschauung einzurichten, wenn sie es so für gut findet. Jede kulturelle Gemeinschaft, die nicht der christlich deutschen angehört, und so auch die jüdische Minderheit, wird sich in das neue Verfassungsleben in aufrichtiger Loyalität und williger Bereitschaft zur Mitarbeit eingliedern können, wenn man unter deutsch nicht jenen, nicht auf österreichischem Boden gewachsenen Rassendünkel versteht und wenn unter christlich, wie auf der ganzen Welt, wahres Christentum verstanden wird. Redner verweist auf den Schutz der Minderheiten der auch in unserer Verfassung verankert sei. Die Minderheit wird es sich versagen müssen, auf Gebieten des nationalen und religiösen Lebens der Mehrheit Belehrungen oder Vorschriften machen zu wollen. Was aber die Minderheit auch unter der Herrschaft des christlich deutschen Staatsgedankens beanspruchen kann, ist die uneingeschränkte Anerkennung ihrer bürgerlichen Gleichberechtigung, auch in der Stadtverwaltung, und die Respektierung und Förderung ihres eigenen kulturellen Lebens. Werden diese Grundsätze eingehalten, so ist die Voraussetzung zwar nicht für eine vollständige Vermischung gegeben die Redner weder für möglich noch für wünschenswert hält, wohl aber

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:

FRANZ XAVER FRIEDRICH

3. Blatt

Wien, am.....

für ein friedliches und ruhiges Zusammenleben und Zusammenarbeiten an den Aufgaben des Staates und der Stadt Wien, die nur durch eine berufsmässige Hetze gestört werden kann, eine Mitarbeit, zu der jeder Bürger verpflichtet, aber auch berechtigt ist. Der Minderheit soll die Möglichkeit gegeben werden, nach ihrer eigenen Art zu leben und ihr eigenes religiöses Leben zu fördern. Die Minderheit ist verwiesen auf das Verständnis der Mehrheit und auf jene gesetzlichen Bestimmungen, die zum Schutze der Minderheiten bestehen. Redner verweist auf Artikel 181 der Bundesverfassung wonach den Minderheiten von den Beträgen die im Budget für öffentliche Erziehung und für Wohltätigkeitszwecke aufscheinen, ein angemessener Teil gesichert wird und nimmt von diesem Gesichtspunkt aus zum Voranschlag Stellung. Die Lage der Wiener Judenschaft ist derart, dass sie ausserstande ist, auf die Unterstützung zu verzichten, die ihr von Gesetzeswegen vom Bunde oder von der Stadt Wien zugebilligt werden kann. Der Bürgermeister hat in seiner Rede am Dienstag erwähnt, dass in Wien 280.000 Personen auf die Winterhilfe angewiesen sind. Nach der Kartei der Wiener Kultusgemeinde, die ~~MMM~~ eine sehr ausgedehnte Fürsorgetätigkeit entfaltet, sind im Jahre 1934 nicht weniger als 55.000 befürsorgte Fälle vorgekommen, bei einer Bevölkerungszahl von 180.000 bis 200.000. 65 Prozent der jüdischen Leichen mussten im letzten Jahre gänzlich oder zum Teile auf Kosten der jüdischen Kultusgemeinde bestattet werden. Durch diese Befürsorgung entlastet die Kultusgemeinde in sehr merklicher Weise den Haushalt der Stadt Wien und es ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, dass ihr ein Teil der Kosten rückerstattet werde. Redner verweist auch auf die missliche Lage des Spitals der israelitischen Kultusgemeinde, das nicht nur jüdischen Kranken Aufnahme gewährt, sondern auch christlichen, wobei er an das bekannte Beispiel des nationalsozialistischen Bauführers Frauenfeld unter allgemeiner Heiterkeit erinnert. Auch das jüdische Schulwerk, das im Aufbau begriffen ist, entbehre einer Unterstützung aus öffentlichen Mitteln und müsse sich ganz selbst erhalten. Schliesslich verweist Redner darauf, dass in den Fondospitälern jungen jüdischen Aerzten die Ausbildung unmöglich gemacht werde und bittet den Bürgermeister er möge nicht gestatten, dass dieses System auch auf das Jubiläumsspital übergreife. Dort bestehe eine Liste von aspirierenden Hospitanten, die die Anwartschaft auf eine Sekundararztsstelle haben. Durch eine Verfügung sei veranlasst worden, dass alle jüdischen aspirierenden Hospitanten von dieser Liste gestrichen wurden. Das sei eine Ungerechtigkeit gegen jene, die schon ein bis zwei Jahre unentgeltlich Dienst im Jubiläumsspital gemacht haben. Der Redner bittet den Bürgermeister um Abhilfe.

Auf die Ausführungen des Rates Dr. Ehrlich gibt <sup>der</sup> Bürgermeister folgende amtliche Erklärung ab: Kurze Zeit nach Amtsantritt als Bundeskommissär von Wien erschien bei mir eine Abordnung der Wiener isr. Kultusgemeinde, die eine Reihe von Wünschen und Beschwerden vorbrachte. Ich ersuchte die Herren damals, dies schriftlich zu formulieren. Ich habe vor einiger Zeit bereits dieses schriftliche Memorandum erhalten und habe die Prüfung desselben vom amtlichen Standpunkte aus eingeleitet. Ich behalte mit vor, dem Herrn Rat <sup>von der</sup> Antwort <sup>in Kenntnis zusetzen,</sup> / sobald die Bearbeitung <sup>des</sup> Memorandums abgeschlossen ist. Es ist selbstverständlich, dass an dem Grundsatz der Gerechtigkeit und Billigkeit gegenüber den religiösen und nationalen Minderheiten unserer Stadt wie im ganzen österr. Vaterlande künftighin festgehalten wird. (Lebhafter Beifall).

# KÄMHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

IV. Blatt.

Wien, am .....

Bürgermeister Richard Schmitz erteilt hierauf Frau Rat Wolfring das Wort. Die Rednerin dankt dem Referenten für sein Verständnis, dass er in Fragen des Mutterschutzes und der Familienpflege das Möglichste an Leistungen bieten wolle. Es sei hoch an der Zeit,

dem Bürgermeister besonders zu danken, dass er im Voranschlage mehrmals hiefür Vorsorge getroffen hat. Wenn der Betrag von 6'3 Millionen S für Mutterschutz und Kinderpflege an den 48 Millionen S für Erwachsenenfürsorge gemessen klein ist, so ist er doch gross genug für den Anfang. Es sei durchaus recht, dass die Säuglingswäsche jetzt nur an bedürftige Mütter verabreicht wird, doch möge die Grenze für die Beteiligung nicht zu tief gezogen werden, das heisst nicht nur arbeitslose Mütter, sondern auch Mütter kinderreicher Familien mit kleinen Einkünften beteiligt werden. Rednerin ersucht den Bürgermeister es möge dahin wirken, dass in den Mutterberatungsstellen nach den Grundsätzen der Gerechtigkeit katholische Mütter von katholischen Aerzten und Aerztinnen beraten werden. Der Mangel eines Jugendberatungsgesetzes werde schwer empfunden. Ein Jugendwohlfahrtsgesetz im christlichen Sinne sei unerlässlich. Rednerin gibt nun verschiedene Anregungen, die dem Schutz der werdenden Mutter dienen sollen. Bei allen Aktionen dieser Art, sollen in erster Linie schwangere Frauen Berücksichtigung finden. Der Bürgermeister möge genehmigen, dass insbesondere den Kindergärten in volkreichen Bezirken eigene Gruppen angegliedert werden, wo die Betreuung von Kleinkindern tagsüber erfolgt. Das wäre die Wiederbelebung der früher bestandenen Krippen. Durch diese Einführung würde auch das Bettlerun<sup>wesen</sup> eingeschränkt werden. In den Obdachloserheimen sollten werdende Mütter im 7. Monat der Schwangerschaft aus Gründen moralischer und pflegerischer Natur abgesondert werden, damit sie sich entsprechend für die Mutterschaft vorbereiten können. Vereine, die das Programm des Mutterschutzes fördern, wären zu unterstützen.

Rat Waldsam bespricht die Arbeitslosenfürsorge und begrüsst es, dass das städtische Arbeitsamt für ungelernete Hilfsarbeiter zu einem öffentlichen Arbeitsnachweis ausgestaltet wurde. Welche Bedeutung diesem Amt zukommt, beweist die Tatsache, dass von den 179.479 Arbeitslosen Wiens beim städtischen Arbeitsnachweis 60.000, also über ein Drittel der Arbeitslosen angemeldet sind. Dringend notwendig sei die Vereinheitlichung des öffentlichen Arbeitsnachweises <sup>in Wien.</sup> Die vielen privaten Arbeitsvermittlungstellen liegen weder im Interesse der Arbeitgeber noch der Arbeitnehmer, sie wären aufzulassen und der Bürgermeister werde gewiss einen Weg finden, diese Frage einer gedeihlichen Lösung zuzuführen.

Rat Hummel

täler zur  
tige Patienten der städt. Spital-  
verlangt ein schärferes Vorgehen zum Hereinbringen der Gebühren für auswärtige Begleichung nicht nur der in Behandlung gestandene, sondern nach dem bürgerlichen Gesetzbuch auch seine ganze Aszendentz und Deszendentz verpflichtet. Sodann wendet sich der Redner der Jugendfürsorge der Stadt Wien zu und betont, dass die Gemeinde Wien insgesamt 142,000.000 also die Hälfte ihrer Einnahmen für die Kinderfürsorge einschliesslich die Schule verwendet. Für das Wohl der Schulkinder wird die Gemeinde Wien noch durch die private Institution der Elternvereine unterstützt, die im November d. J. durch Bürgermeister Schmitz wieder ins Leben gerufen wurden und die, man kann sagen lückenlos zugesagt haben im Sinne des Bürgermeisters für die sittliche, religiöse und vaterländische Erziehung der Kinder Sorge zu tragen. Zum Schlusse spricht der Redner dem Bürgermeister den Dank für seine bis-

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

V. Blatt

Wien, am.....

herigen Bemühungen aus und bittet ihn, das Elter<sup>verantworten</sup> / auch in Zukunft zu unterstützen und weiter arbeiten zu lassen im Interesse unserer Vaterstadt Wien.

Rat Dr. Foglar-Deinhardstein behandelt die Frage der Bürgerfonde. Unter der früheren Stadtverwaltung ist das Vermögen dieser Fonds planmässig abgebröckelt worden. Die neue Verwaltung hat sich mit Erfolg bemüht, diese Fehler gut zu machen und heute könne die Frage der Bürgerfonds als gelöst betrachtet werden. Nun werden die Erträge ausschliesslich verarmten Bürgern zugeführt. Die Verschuldung des Bürgerspitalfonds ist durch die Massnahmen der neuen Verwaltung von 11 Millionen auf 5 Millionen S gesunken. Vom 1. Jänner 1935 an wird diese Schuld auch nicht mehr verzinst. Redner dankt dem Bürgermeister, dass er im Interesse der verarmten Bürger diese Regelung erzielte und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass eine endgültige Lösung durch gänzliche Tilgung der Schuld möglich sein werde. Die Rechtshilfestelle der Stadt Wien habe segensreich gewirkt, es wurden rund 12.000 Parteien beraten und 1000 Prozesse durch die Stelle geführt. Dieser Aufgabe unterziehen sich 32 Juristen vollkommen ehrenamtlich. Redner tritt für die Ausgestaltung der Rechtshilfestelle durch Errichtung von Zweigstellen, insbesondere in den Arbeiterbezirken Favoriten, Ottakring und Floridsdorf ein. Man dürfe den Arbeitern nicht allein mit schönen Worten kommen, sondern müsse ihnen auch soziale Taten zeigen.

Rat Stubenvoll bezeichnet die Bewilligung des Magistrates auf die Wiederbelegung der sogenannten stadttinneren Friedhöfe als bedenklich. Insbesondere beim Meidlinger Friedhof, der inmitten von Häusermassen liegt, ergeben sich dadurch verkehrstechnische Schwierigkeiten, die sich in oft 20minutenlangen Stockungen der Strassenbahn an der Philadelphiabrücke auswirken. Es wäre hoch an der Zeit, diese eingebauten Friedhöfe vollkommen aufzulassen, wie es schon im Plane des Bürgermeisters Lueger vorgezeichnet war. Dem Friedhofschutz wäre ein stärkeres Augenmerk zuzuwenden und nicht zuzulassen, dass, wie es jetzt geschieht, ein Teil eines grossen Friedhofes zu Jagdzwecken verpachtet wird.

Frau Rat Strohmayer bezeichnet als die wichtigste Förderung von Hilfsaktionen die Arbeitsbeschaffung. Die Zeit der Arbeitslosigkeit von jungen Burschen und Mädchen soll der Schulungs- und Erziehungsarbeit dienen. Nicht nur Fürsorge, sondern auch Vorsorge, die sich in der Jugendpflege der schulentlassenen Jugend ausdrücken soll, erscheint dringend notwendig. Schliesslich tritt Rednerin für die Vereinigung aller bestehenden Hilfsaktionen in einem Jugendschutzwerk ein. Hierzu wären alle Verbände und Gemeinschaften, die sich schon praktisch auf diesem Gebiete betätigen, heranzuziehen.

Rat Univ. Prof. Dr. Denk verweist auf die Feststellungen des Kontrollamtes und des Rechnungshofes, wonach das Strahlentherapeutische Institut in Lainz nur mangelhaft ausgehütet werde. Bei der grossen Bedeutung dieses Institutes könne man wohl an eine Auflassung nicht denken, doch wäre eine Reform in dem Sinne anzubahnen, dass Vertreter der Stadt Wien mit den entsprechenden Behörden darüber beraten, um das städtische Strahleninstitut auch Kranken anderer Spitäler, die nur wenig Radium haben, zugänglich zu machen. Weiter ersucht Redner um die Wiederbewilligung der Subvention von 1000 S an das Unterstützungsinstitut für weibliche Studierende. Die Kinderausspeiseaktion ist sehr wertvoll, aber es gibt eine grosse Anzahl armer und ärmster Kinder im Alter zwischen 2 und 4 Jahren, die davon nicht erfasst sind und die trotz des ungeheuren Ueberflusses an Vollmilch nur Magermilch erhalten. Die hohen Vollmilchpreise sind der Grund und es

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

6. Blatt

Wien, am.....

müsse bald Abhilfe geschaffen werden, um die Generation vor schweren Schäden vor einer Weiterverbreitung der Tuberkulose und Rachitis zu behüten (Lebh. Beifall).

Rat Begle führt Beschwerde über die Auswüchse des Bettlerunwesens und bittet den Bürgermeister dieser Plage ganz energisch an den Leib zu rücken.

In seinem Schlusswort erklärt der Referent Obersenatsrat Hofer, er werde alle Anregungen prüfen, sie würden nach Möglichkeit berücksichtigt, zum Teile sind sie es schon. Bezüglich der beabsichtigten Auflösung der kleineren Friedhöfe wird <sup>nur</sup> auf Wunsch der Bevölkerung noch ein zuwartender Standpunkt eingenommen. Wo Erweiterungsmöglichkeiten sind, hat die Stadt Wien die Absicht, angrenzende Gründe anzukaufen. Mit dem Wunsche nach Zusammenfassung der Jugendfürsorge und der Jugendpflege in einer Stelle bin ich einverstanden. Was das Strahleninstitut anlangt, bestand die Absicht, zumindest den Belagraum wegen der hohen Kosten aufzulassen, doch will die Gemeinde noch versuchen, mit Sparmassnahmen durchzukommen. Die Bettlerfrage bedarf einer dringenden Abhilfe. Wir haben uns mit dieser Frage beschäftigt und sind zu dem Schlusse gekommen, dass nur polizeiliche Massnahmen Abhilfe schaffen können. Der Fürsorgeapparat ist darauf vorbereitet, für den Fall eines energischen Einschreitens der Polizei entsprechend zu funktionieren. Die Strassen müssten von der Polizei mit Zuziehung von Fürsorgeorganen ständig durchforscht werden. Einzelne Razzien haben keinen Zweck (Beifall).

Nun erteilt Vizebürgermeister Dr. Kresse dem Senatarat Gschladt das Wort zum Referat über das Kapitel "Wohnungswesen". der Berichterstatter führt aus, dass die bisherige Wohnbautätigkeit der Stadt Wien ihr Ende gefunden hat. Das bedeutet aber nicht, dass die neue Verwaltung überhaupt darauf verzichtet, den Wohnungs-Neubau zu fördern. Es werden nur andere Wege gegangen, die einerseits zur Anregung und Förderung der privaten Bautätigkeit andererseits zur Berücksichtigung dringender sozial-fürsorgerischer Notwendigkeiten führen. Der erste Weg ist durch den Assanierungsfonds gekennzeichnet, der andere Weg durch die ganz neue Post von 600.000 Schilling für die Errichtung von Familien-Asylen. Nach der Absicht des Herrn Bürgermeisters sollen diese Wohnungen geschaffen werden, um kinderreichen Familien, die infolge Obdachlosigkeit jetzt getrennt wohnen müssen, die Wiederaufnahme eines geordneten Haushaltes und Familienlebens zu ermöglichen. In Aussicht genommen ist als erste Etappe der Bau von 217 solcher Wohnungen in der Adalbert Stiftergasse. Ueber die Wohnhäuserverwaltung berichtet Senatsrat Gschladt, dass im nächsten Jahre 69.410 Wohnungen und 3.915 Geschäftsalokale von der städtischen Wohnhäuserverwaltung verwaltet werden. Hievon sind 56.168 Wohnungen in städtischen Neubauten und 5.684 in Siedlungen; der Rest entfällt auf städtische Althäuser, Fonds- und Stiftungshäuser. Bezüglich der Kleingartenförderung führt der Berichterstatter aus, dass für Kleingärten 4'5 Millionen Geviertmeter städtischer Grund in Verwendung stehen, die von rund 20.000 Kleingärtnern betreut werden. Dabeiben gibt es auf 500.000 Geviertmeter sogenannte Notstandsgärten. Deren Ernteertrag betrug trotz der ungünstigen Bodenbeschaffenheit mehr als 1 Million Kilogramm Gemüse und Feldfrüchte. Die Stadtverwaltung wird die Notstandsgärten-Aktion auch im kommenden Jahr fortsetzen.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

7. Blatt

Wien, am.....

Frau Rat Wolfring richtet an den Referenten für Wohnungswesen die Bitte, bei Zuweisung von Wohnungen vor allem kinderreichen Familien und bei Zuweisung an obdachlose Familien besonders solche mit Frauen die Kindersegen erwarten, zu berücksichtigen.

Rat Bauer verweist auf die in Arbeiterkreisen kolportierten Gerüchte, dass bei Neuvermietungen in Gemeindebauten höhere Mietzinse eingehoben werden sollen und ersucht den Referenten um Aufklärung.

Rat Walla begrüsst die Siedlungsbewegung, die zweifellos nicht nur eine Erleichterung der Wirtschaftskrise schafft, sondern auch die Arbeitslosigkeit eindämmt, doch dürfen in den Siedlern nicht falsche Hoffnungen erweckt werden die unerfüllbar sind. Die Bewegung dürfe nicht Selbstzweck werden und keine Schädigung der Berufsgärtner nach sich ziehen. Zu diesem Zwecke wäre es empfehlenswert, Fachleute heranzuziehen, die aufklärend wirken und verhüten, dass die Bewegung auf falsche Bahnen gelangt, dass irrige Anschauungen nicht Platz greifen.

Rat H. Holomek bespricht die Verhältnisse im Wohnungswesen und verweist auf noch immer vorherrschende Misstände, wie auf die Fortdauer der Ablösen auf die Weitervermietung grosser Wohnungen zum Nachteil des Hausbesitzers und tritt dafür ein, dass die Gemeinde Wien auf diesem Gebiete Ordnung schaffe. Auch im Schrebergartenwesen müsse eine Regelung eintreten, das Eindringen in den Wald- und Wiesengürtel eingedämmt werden.

Rat Grabner gibt der Anschauung Ausdruck, dass es empfehlenswert wäre, für Zwecke der Fortsetzung der karitativen Wohnungspflege durch eine kleine Reserve für die allerdringendsten Fälle Vorsorge zu treffen. Er bittet den Referenten Senatsrat Gschladt besonders berücksichtigungswerte Fälle, die ihm bekanntgegeben werden, möglichst rasch zu bereinigen.

Rat Engelbrecht bezeichnet es als notwendig, auch in die Struktur der Wohnparteien der Gemeindehäuser Remedur zu schaffen. Die städt. Notstandsbauten sollen nicht an Wohnungslose vermietet werden, sondern an jene Mieter in Gemeindehäusern, die es mit ihrer vaterländischen Gesinnung nicht genau nehmen. Zum Schluss ersucht Redner den Referenten, den Tauschgesuchen nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Rat Rauch bemängelt, dass in Siedlergemeinschaften, die dort eingemieteten Geschäftsleute durch Zinssteigerungen förmlich ausgewuchert werden und wünscht, dass die Klampflbergstrasse auf dem Schafberg dem heutigen Verkehrs entsprechend ausgebaut würde.

Der Referent Senatsrat Gschladt betont in seinem Schlussworte, dass bei Besiedlung von Neubauten und Asylen selbstverständlich auf kinderreiche Familien und werdende Mütter Bedacht genommen wird. Ueber die Siedlungsbewegung sagt der Referent, dass die Stadtrandsiedlung den Zweck verfolgt, dem Siedler <sup>teilweisen</sup> zur Selbstversorgung zu verhelfen. Es ist vorgesehen, eine Beratungsstelle für Siedler und Kleingärtner im Kleingartenamte in nächster Zeit zu errichten. Was die Wohnungstausche in Wien anlangt, so ist das Wohnungsamt bestrebt, bei solchen, die auf die weite Entfernung vom Dienstorte zurückzuführen sind, dem Wunsche nach Möglichkeit nachzukommen. Bezüglich der hohen Zinse für Geschäftslokale in Siedlungen erklärt der Referent, dass solche Fälle in der Regel in dem Bereich der Siedlungsgenossenschaften liegen, die als Konzessionäre mit der Verpachtung vorgehen. Mit dem Dank an die Bürgerschaft, dass sie seinem schwierigen Referate wohlwollendes Verstehen entgegenbringe, schloss der Referent sein Schlusswort.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

8. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Den Bericht über das Kapitel "Technische Angelegenheiten" erstattet Stadtbaudirektor Dr. Ing. Musil. Der Berichterstatter hebt hervor, dass im Jahre 1935 ausser den im Voranschlag vorgesehenen Arbeiten noch weitere grosse Arbeiten zur Ausführung gelangen, deren Kosten aus der zweiten Rate des im heurigen Sommer genehmigten Sofortprogrammes bestritten werden. Hiedurch können auf wichtigen Gebieten der technischen Gruppe, wie beim Strassenbau, bei der Wasserversorgung, beim Fuhrwerksbetrieb und Gartenbetrieb bedeutende Verbesserungen an bestehenden technischen Einrichtungen vorgenommen, aber auch ganz neue Leistungen getätigt werden. Der Redner erwähnt, dass einzelne aus dem Sofortprogramm ermöglichte Arbeiten sich noch stärker arbeitsschaffend auswirken, als die damit verbundene Ausgabenziffer vermuten lässt. Ein gutes Beispiel hierfür bildet der Assanierungsfonds. Bei den durch ihn geförderten Bauten werden im nächsten Jahr noch ebenso hohe bis doppelt so hohe private Gelder in befruchtende Zirkulation gesetzt werden, als es die von dem Fonds verborgten Beträge sind. Stadtbaudirektor Musil bespricht sodann die Voranschlagsansätze für <sup>städtische</sup> Kirchen und Denkmäler, Gartenwesen, Häfen und Kanalisationswesen. Der grösste Betrieb der Hoheitsverwaltung ist der Fuhrwerksbetrieb, dem die Strassenpflege und die Müllabfuhr obliegen. Der hierfür vorgesehene Betrag ist für das Jahr 1935 mit 14¼ Millionen S veranschlagt. Abgesehen von dem Brennstofftransporten für den städt. Haushalt werden von nun an alle übrigen hiezu geeigneten Transporte Privaten zugewiesen. Die regulären Ausgaben für Strassen-erhaltung und Strassenbau sind mit 6'35 Millionen S veranschlagt. Erfreulichweise werden die dem städt. Strassenbau verfügbaren Mittel durch das Sofortprogramm bedeutend erhöht, das für die Jahre 1934 und 1935 dem Strassenbau 16'85 Millionen S zuweist. Neben der neuzeitlichen Ausgestaltung innerstädtischer Strassenzüge bringt das Sofortprogramm noch die Höhen- und Wientalstrasse. Die Strassenbauabteilung des Stadtbauamtes wird im nächsten Jahr mit Hochdruck arbeiten müssen. Auch den Teerungen der Gehwege in Parkanlagen und sonstigen Stadtteilen wird Augenmerk zugewendet; in den Hauptverkehrsstrassen soll ein Teil der mit Steinen gepflasterten Gehsteige durch Asphaltgehsteige ersetzt werden. Von den 5 Baustellen der Höhenstrasse des vom Kobenzl bis zum Leopoldsberg reichenden Abschnittes sind heuer bereits 3 in Angriff genommen worden. Die zu erbauende Teilstrecke Kobenzl-Neustift am Walde wird bei einer Gesamtlänge von 7'5 Kilometern 6 Baustellen aufweisen. Stadtbaudirektor Dr. Musil betont, dass die Stadtverwaltung dem Strassenbau endlich jene Mittel bereitstellt, deren er bedarf, um das kommende Jahr zu einem Grosskampftag gegen die ausserordentliche Vernachlässigung auf diesem Gebiete werden zu lassen. Auch auf dem Gebiete des Brückenbaues werden 1935 längst fällige Schäden nachgeholt. Für die Instandsetzung der Marienbrücke, der Stubenbrücke über den Wienfluss und der Floridsdorfer Brücke über den Donaustrom sowie für Erhaltungsarbeiten an weiteren 21 über den Donaukanal, den Wienfluss und über Eisenbahnlinien führende Brücken und Stege werden im kommenden Jahr mehr als 800.000 S ausgegeben werden. Von den rund 1.200 Kilometer langen Strassen Wiens sind seit 1924 rund 900 Kilometer Strassen und Wege elektrisch beleuchtet worden. Die Bezirke 4, 5, 6, 7, 8, und 14 sind bereits zur Gänze elektrisch beleuchtet. Im kommenden Jahr werden weitere 50 Kilometer Strassen auf elektrische Beleuchtung umgestellt.

# RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:  
FRANZ XAVER FRIEDRICH

9. Blatt

Wien, am \_\_\_\_\_

Rat Stubenvoll erklärt, die Frage aufwerfen zu müssen, wieso es gekommen sei, dass in den Wohnhausbauten der Gemeinde Wien geheime Gänge, Kasematten und dergleichen ~~...~~ angelegt worden sind. Mir liegt es ferne, daraus dem Stadtbauamte einen Vorwurf zu machen, aber es drängt sich die Frage auf, wer da ein Versäumnis begangen hat. Ich stelle an den Herrn Bürgermeister die Bitte, alles zu veranlassen, um diese Frage restlos zu klären. Der Redner führt ferner aus, dass es unter den städt. Kontrahenten ~~caso~~ soziale Unternehmer gibt, die den Kollektivvertrag mit den Arbeitern nicht einhalten, geringere Löhne zahlen und mit den Arbeitern in Unfrieden leben. Es gibt auch eine Firma, die den Arbeitern bis zu 14 Tagen den Lohn schuldig bleibt. Die Arbeiter mussten erst das Gewerbegericht anrufen, um zu ihrem Lohn zu kommen. Der Redner führt weiter Beschwerde gegen eine Firma, die mit Absicht den Arbeitern die Löhne zurückhält und die Beschwerden der Arbeiterschaft deswegen grob abfertigt. Es muss darauf gedrungen werden, dass Her-artige Unternehmer - es sind 6 Firmen - aus dem städt. Kontrahentenkreis entfernt werden, den solche Unternehmer haben kein Anrecht auf öffentliche Arbeit.

Bürgermeister Schmitz erklärt hiezu : Wenn Herr Rat Stubenvoll von den vielen hunderten Firmen, an die städtischen Arbeiten vergeben werden, nur 6 angeführt hat, so darf ich wohl feststellen, dass ~~die~~ Verwaltung der Stadt Wien ihre sozialen Verpflichtungen eingehalten hat. Wenn solche Firmen konkret angeführt werden, werden wir daraus ~~...~~ die notwendigen Konsequenzen ziehen. Ueber die militärischen Armierungen in den städt. Wohnhausneubauten habe ich mich in den Sturmtagen des Februar persönlich überzeugt. ~~Im Reumshof habe ich~~ <sup>d. lerdings</sup> feststellen können, dass man zu der Einrichtung, die dort geschaffen wurde, ~~kann~~ Ingenieure ~~...~~ gebraucht hat und dass sie wahrscheinlich erst

im Laufe der Zeit heimlich aufgeführt worden sind.

Wenn aber jemand andere konkrete Angaben zu machen in der Lage wäre, <sup>würde</sup> ich selbstverständlich ~~...~~ Lage vieler mit aller Schärfe vorgehen. Tatsache ist, dass die ~~...~~ städtischer Neubauten strategische Gesichtspunkte vermüthen lässt.

Die Wahl der Bauplätze erfolgte ~~meines Wissens~~ durch nichtbeamtete Stellen der früheren Verwaltung.

Rat Dr. Heirman gibt die Anregung, in Wien den Bau von Betonstrassen erhöhtes Augenmerk zuzuwenden, da sie über fast alle anderen Strassensysteme von praktischer und wirtschaftlicher Ueberlegenheit sind.

Rat Jirek dankt dem Bürgermeister für die schnelle und energische <sup>Eindämmung</sup> ~~...~~ des städt. Fuhrwerksbetriebes und bittet bei Vergebung von Fuhrwerken nicht einseitig, sondern in paritätischer Weise vorzugehen.

Nächster Budgetbericht, morgen, Freitag.